

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 16.09.2010**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

17:05 Uhr bis 19:34 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	anwesend ab 17:30 Uhr
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer für Halle	MitBÜRGER	
Frau Renee Fischer	Verw	
Herr Wolfgang Hans	Verw	
Frau Rita Lachky	Verw	
Herr Dr. Ernst Müllers	Verw	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	abwesend ab 18:40 Uhr
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Christian Anton	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	entschuldigt
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	entschuldigt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Sachstandsbericht zur Luftreinehalteplanung
5. Bewirtschaftung Märkte
6. Problematik Freilufttrinker
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: V/2009/08279
- Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097
- 7.1.1
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten sog. "Dickstoffversatzanlage" in Angersdorf
Vorlage: V/2010/09090
- 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
9. schriftliche Anfragen von Stadträten
10. Mitteilungen
- Mitteilungen zur Prioritätenliste Sanierung Feuerwehrgerätehäuser
- 10.1.
- Mitteilungen zur Überwachung fließender Verkehr
- 10.2.
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Paulsen**, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek sieht in den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 6 einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Diese sollen unter TOP 10 – Mitteilungen - eingeordnet werden. **Herr Paulsen** sieht die Aufstellung der Tagesordnung als korrekt an, die Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse lässt explizit Ausnahmen zu. Wenn grundsätzlicher Angelegenheiten behandelt werden sollen, dann dürfen diese nach seiner Auffassung als eigenständige Punkte aufgenommen werden.

Herr Misch teilt diese Auffassung von Herrn Paulsen nicht, in den ganzen Jahren sei nicht von der Reihenfolge lt. Geschäftsordnung abgewichen worden.

Herr Paulsen verweist auf die Absprache in der letzten Ausschusssitzung, diese Themen gesondert zu behandeln. Darüber hinaus seien einvernehmlich und mit ausdrücklicher Billigung aller Ausschussmitglieder seit letztem Jahr mehrere Themen als eigenständige Tagesordnungspunkte behandelt worden.

Herr Knöchel plädiert für eine Beibehaltung der separaten Behandlung dieser TOPs, die Abweichung vom Grundsatz sei auch das erste Mal auf Antrag der CDU (Thema Luftreinhalteplanung) vorgenommen worden. Man solle sich dazu verständigen, dies so beizubehalten, da die Verwaltung auch gebeten worden ist, zu berichten.

Zu dieser Problematik wird abgestimmt, die Mehrheit der stimmberechtigten Ausschussmitglieder ist gegen eine Behandlung der TOP 4, 5 und 6 als separate Punkte. Somit sind diese Themen nun unter- 10. Mitteilungen – zu behandeln.

In dieser Form wird die Tagesordnung mehrheitlich genehmigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Herr Knöchel wendet sich gegen die Formulierung auf S. 6 6. Absatz („...Druck auf DSM ausüben“). Diese wird wie Folgt korrigiert: „**Herr Knöchel** erbat eine schriftliche Antwort wegen der mehrfach verstrichenen Termine. Dies erscheint notwendig, um ein notwendiges Maß an Verbindlichkeit herzustellen. **Herr Dr. Pohlack** weist darauf hin... **Herr Knöchel** besteht auf die schriftliche Antwort unter Verweis auf seine vorherigen Ausführungen.“

Herr Misch vermisst die Aufnahme der Äußerung von Herrn Paulsen, aufgrund der er, ohne vorher Rederecht erteilt bekommen zu haben, mehrfach in der Diskussion um die Vorlage V/2010/08800 gesprochen hat (auf S. 9 letzter Absatz der Niederschrift). Er stellt den Antrag

auf Aufnahme dieser Äußerung in die Niederschrift. **Herr Scholtyssek** bekräftigt, dass dies auch eine Forderung der CDU ist.

Herr Paulsen widerspricht diesem Ansinnen grundsätzlich. Zum einen handele es sich nicht um ein Wortprotokoll, das den kompletten Verlauf einer Sitzung wiedergebe. Zum anderen akzeptiere er nicht, dass einen Monat nach der Sitzung wörtliche Äußerungen von ihm in das Protokoll formuliert werden.

Herr Scholtyssek stellt deshalb den Antrag, die Verabschiedung der Niederschrift zu verschieben. Er bitte die Stadtverwaltung um eine Stellungnahme bzw. Prüfung.

Frau Krischok wünscht die Korrektur ihrer Aussage auf S. 11 6. Absatz „...Richtung Hauptbahnhof“ in „...Richtung Riebeckplatz“, was hiermit erfolgt.

Mehrheitlich votiert der Ausschuss dafür, die Abstimmung über die Niederschrift zu vertagen.

zu 4 Sachstandsbericht zur Luftreinehalteplanung

Ausführungen unter 10.

zu 5 Bewirtschaftung Märkte

Ausführungen unter 10.

zu 6 Problematik Freilufttrinker

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung) Vorlage: V/2009/08279

Herr Paulsen bittet um nochmaliges Votum zu diesem TOP, da der TOP 7.1.1 geändert worden ist.

Diesem Satzungsentwurf wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097**

Frau Wildgrube führt aus, dass der, zu Beginn der Ausschusssitzung noch mal verteilte, korrigierte Antrag der FDP nur geringfügige Änderungen beinhaltet, die keine neue Begründung erforderlich machen. **Herr Dr. Wiegand** stimmt dem zu und erläutert, dass dieser Antrag nochmals in der Verwaltung geprüft wurde. Eine Stellungnahme dazu liegt vor. **Frau Wildgrube** erklärt, dass der Sinn der Änderung in der Prophylaxe liegt. Über den Antrag wird abgestimmt. er wird mehrheitlich angenommen.

Herr Dr. Müllers nimmt auf die Frage von **Herrn Sommer** anschließend noch Stellung zur Rechtmäßigkeit der Tarifstelle 16 des Gebührentarifs des Satzungsentwurfs (Auffangtatbestand) und führt aus, dass gemäß eines Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts vom 13. Mai 2008 (BVerwG 9 B 61.07) eine solche Regelung mit dem aus dem Rechtsstaatsprinzip resultierenden Bestimmtheitsgebot vereinbar ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

§ 5 (4) wird wie folgt geändert:

„Die Erteilung der Erlaubnis ~~kann~~ ist von der vorherigen Zahlung der Gebühren ~~Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses~~ abhängig gemacht werden. Soweit der ~~Vorschuss~~ die Vorauszahlung die endgültige Gebührenschild ~~Kostenschuld~~ übersteigt, ist er ~~er~~ der überzahlte Betrag zu erstatten.“

§ 6 (2) wird wie folgt ergänzt:

„...Jeder genehmigte Einzelfall muss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates schriftlich mitgeteilt werden.“

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten sog. "Dickstoffversatzanlage" in Angersdorf Vorlage: V/2010/09090

Herr Paulsen führt ein und erläutert, dass keine fachrechtliche Bewertung vorgenommen werden soll, sondern die Stadt Halle (Saale) ein politisches Statement erbringt. Dieser Antrag ist durch Geschäftsordnungsantrag der Verwaltung in diesen Ausschuss verwiesen worden.

Herr Dr. Pohlack erläutert, dass es sich nur um eine politische Stellungnahme handelt und berichtet, dass die Stadt Widerspruch beim zuständigen Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) eingelegt hat, verbunden mit der Aufforderung, die Stadt Halle (Saale) mit weiteren Informationen auszustatten. Das LAGB hat bereits geantwortet und wird demnächst einen Termin anbieten, damit die Stadt Bedenken äußern und entsprechende Informationen erhalten kann.

Herr Misch wendet zum Antrag ein, dass trotz großem Verständnis für die Probleme der Bevölkerung für das städtische Handeln sachliche Erwägungen ausschlaggebend sein müssen.

Herr Dr. Rürup sagt, dass der Betreiber auf seine Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung hingewiesen werden muss. **Herr Paulsen** warnt davor, Bedenken nur mit einem Informationsdefizit zu begründen, in den Bürgerinitiativen sei ein ziemlich großes fachliches Potential vorhanden. **Herr Dr. Diaby** bringt ein, dass Punkt 4 des Antrags in dem Sinne neu formuliert werden sollte, dass regelmäßig zu informieren sei. **Herr Dr. Köck** verweist darauf, dass man trennen muss zwischen der Problematik „Bergschlagrisiko“ und „Versatz“. Es ist zurückzuweisen, dass nur mit diesen Filterstäuben das Bergschlagrisiko gemindert werden kann. **Herr Paulsen** sagt, dass es wichtig ist, sich hier als Stadt zu positionieren und auf das Risiko hinzuweisen, eine lediglich regelmäßige Information ist nicht ausreichend. **Herr Misch** teilt die Auffassung von Dr. Köck, genau diesen Aspekt soll das LAGB untersuchen.

Herr Scholtyssek stellt den Änderungsantrag, die Punkte 1 bis 3 des Antrags zu streichen.

Herr Dr. Fikentscher schließt sich dem an und beantragt, den Punkt 4 wie Folgt zu ergänzen: „...die Entwicklung in der Angelegenheit Verfüllung der Grube Teutschenthal...“.

Herr Scholtyssek schließt sich dieser Ergänzung an. **Herr Dr. Köck** bittet darum, über alle Punkte des Antrags einzeln abzustimmen. Das erfolgt.

Abstimmungsergebnis: Den Punkten 1, 2 und 3 wird mehrheitlich nicht zugestimmt, der Änderungsantrag von Herrn Dr. Fikentscher wird mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorschlag (in geänderter Form):

1. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich gegen die Errichtung der in Angersdorf geplanten Anlage aus, in der gefährliche Abfälle (insbesondere dioxinhaltige Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen) mit sog. Dickstoffen gemischt werden sollen, um mit dem entstandenen Gemisch die Grube Teutschenthal zu verfüllen.*
2. *Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Verantwortlichen auf, die Sicherung des ehemaligen Bergwerks mit einem unbedenklichen Füllmaterial zu gewährleisten.*

3. Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, sich mit allen verfügbaren Mitteln gegen das Vorhaben einzusetzen.
4. Die Stadtverwaltung wird gebeten, den Stadtrat regelmäßig **über die Entwicklung in der Angelegenheit der Verfüllung der Grube Teutschenthal** zu informieren.

Abstimmungsergebnis: Auf Antrag des Antragstellers erfolgte eine Einzelabstimmung der Beschlusspunkte:

Beschlusspunkt 1	mehrheitlich abgelehnt
Beschlusspunkt 2	mehrheitlich abgelehnt
Beschlusspunkt 3	mehrheitlich abgelehnt
Beschlusspunkt 4	mehrheitlich zugestimmt

zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091

Herr Knöchel hält die Behandlung des Antrages erst für sinnvoll, wenn eine entsprechende Behandlung im Präventionsrat erfolgt ist. Auf seine Nachfrage, ob dies bereits erfolgt ist, antwortet **Frau Brederlow**. Sie erläutert, dass sich der Präventionsrat mit dem Thema befasst hat. Grundsätzlich gibt es zu dem Anliegen Zustimmung, jedoch wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln mehrheitlich abgelehnt, da bei den Vereinen gekürzt werden soll und eine solche Umschichtung wenig Sinn macht.

Im Rahmen der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurden im Rahmen des lokalen Aktionsplänen (LAP) neue Netzwerke aufgebaut, modellhafte Projekte erprobt und weiterentwickelt. Diese Netzwerke sollen in der zweiten Förderperiode ab 2011ff. unter einem gemeinsamen Dach im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ gefestigt und Synergiepotenziale besser genutzt werden. Die Stadt Halle will sich hieran beteiligen. Zuständig bleibt das Amt für Kinder, Jugend und Familie. Die Antragstellung ist vorbereitet.

Der Antrag wird daher vom Antragsteller zurückgestellt, der Ausschuss folgt diesem Anliegen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Der Ausschuss hat dem Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag auf eine der nächsten Sitzungen zu vertagen, einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle – Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Einrichtung eines Projektfonds von mindestens 20.000 Euro ab 2011.
2. Die Benennung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für die Koordinierung lokaler Strategien zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung.
3. Die jährliche Berichterstattung zur Erfüllung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Stadtrat.

zu 9 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Mitteilungen zur Prioritätenliste Sanierung Feuerwehrgerätehäuser

Herr Dr. Wiegand führt ein und erläutert, dass die Klärung dieses Sachverhalts für die notwendige Ausarbeitung/Ergänzung des Brandschutzbedarfsplanes erforderlich ist. dazu hat die Verwaltung eine Vorlage erarbeitet, die den Ausschussmitgliedern übergeben wird. **Herr Halko** führt durch diese Vorlage und erläutert den derzeitigen Sachstand bezüglich der Ortsfeuerwehren (OFW) der Stadt Halle (Saale) insbesondere hinsichtlich Mitglieder und Ausstattung und Vorstellungen/ amtsinterne Planungen für die weitere Entwicklung. Dieser angefügt ist eine Gesamtübersicht der festgestellten Mängel der OFW. Dazu wurde diskutiert. U. a. fragt **Frau Dr. Schöps** nach, warum ein externes Unternehmen für die Weiterentwicklung des Brandschutzbedarfsplanes gebunden werden soll und diese Aufgabe nicht verwaltungsintern erledigt wird. **Herr Halko** antwortet, dass bereits 2003 dieser Plan durch ein externes Unternehmen erstellt worden ist und die Fortführung ggf. auch durch dieses Unternehmen wieder erfolgen soll. **Herr Misch** ist entsetzt über die in der Gesamtübersicht aufgeführten Mängel, darin seien Mängel aufgeführt, die seiner Ansicht nach durch mangelnde Aufsicht bedingt seien. **Herr Dr. Diaby** fragt 1. wie der noch immer geringe weibliche Anteil der Mitglieder zu begründen sei; 2. wie es dazu in vergleichbaren Großstädten aussieht und 3. ob es eine Strategie gibt, mehr weibliches Personal anzuwerben- wenn ja, welche? **Herr Knöchel** fragt, ob der geplante Neubau eines Atemschutzzentrums (S. 5 der Vorlage) nicht eventuell zeitlich nach hinten verschoben werden könne. Warum habe das jetzt eine höhere Priorität (unter Verweis auf die Diskussion in einer Ausschusssitzung zum Haushalt, dort habe man noch hinsichtlich einer späteren Errichtung Überlegungen angestellt). **Herr Halko** antwortet, dass die entsprechenden Übungen unter Verwendung des Atemschutzzentrums rechtlich vorgeschrieben seien und die Mitbenutzung eines solchen Zentrums eines anderen Rechtsträgers einen sehr hohen organisatorischen Aufwand nach sich ziehen würde. Auf die Nachfrage von **Herrn Dr. Fikentscher** bezüglich einer Zusammenarbeit mit dem Saalekreis antwortet **Herr Dr. Wiegand**, dass man momentan dabei sei, die Zusammenarbeit mit diesem zu intensivieren. Hauptschwerpunkt bilde hier die Zusammenführung der Leitstellen. Hinsichtlich der Kritik an den vorhandenen Mängeln erklärt er, dass der Auftrag bestanden habe, alle vorhandenen Mängel aufzuführen. Davon seien bereits mehrere Mängel abgestellt bzw. würden zeitnah abgestellt werden. Hinsichtlich des Einsatzes von mehr weiblichem Personal würden insbesondere durch den Umbau der Südwache zumindest für die Berufsfeuerwehr bessere Voraussetzungen geschaffen.

Hinsichtlich der Freiwilligen Feuerwehr gestalte sich das mitunter schwierig, aber auch hier strebe man eine Verbesserung an.

Herr Dr. Rürup regt an, in der Dezember- Sitzung über den Stand der Abstellung von kleineren Mängeln zu berichten, die Verwaltung wird diese Anregung aufgreifen.

zu 10.2 Mitteilungen zur Überwachung fließender Verkehr

Herr Dr. Wiegand informiert, dass innerhalb der Polizei demnächst die Auswertung der Verkehrsunfallentwicklung erfolgen wird. Zu gegebener Zeit könne über diese Auswertung, welche auch Aussagen zu den Ergebnissen der Überwachung des Straßenverkehrs beinhalte, in einer Ausschusssitzung informiert werden, dazu würden Vertreter der Polizei eingeladen.

Herr Dr. Müllers führt zu den Maßnahmen der Stadt aus und erläutert das Verfahren der städtischen Geschwindigkeitsmessungen (stationär und mobil).

Falldaten:

I. stationäre Anlagen:

Jahr	Berliner Straße	Europachaussee	Magistrale
2008	5293	3146	12796
2009	6235	616	4453
Juli 2010	3151	102	2608

Insgesamt: in 2008- 21208, in 2009- 11304 und bis Juli 2010- 5861 Falldaten.

II. mobile Anlagen (insgesamt 213).

Bei den mobilen Messungen erfolgt die Auswahl der Messstandorte in Abstimmung mit der Polizei. Hauptgesichtspunkte sind dabei die örtliche Unfallhäufigkeit aufgrund von Geschwindigkeitsüberschreitungen bzw. die Überprüfung von so genannten Schutzzonen (Schulen, Krankenhäuser; Gebiete mit fehlenden Radwegen, mit hoher Lärmbelastigung oder hohem Fußgängeraufkommen). Weiterhin ist auf digitale Fototechnik umgestellt worden, das erlaubt schnelleres Reagieren. Insgesamt gibt es **213** mobile Messstellen, dabei geht man auch Anregungen von Bürgern nach.

Falldaten:

2008:	15925
2009:	14999
Juli 2010:	7792.

Nicht möglich ist es der Stadt, sowohl in verkehrsberuhigten Bereichen zu messen (da die städtische Technik erst Überschreitungen ab 20 km/h erfasst) als auch Kradfahrer zu erfassen. **Herr Scholtyssek** fragt danach, welche Kriterien für die Auswahl der Messstellen maßgebend sind. Auch hier spielen Fragen der Unfallgefährdung eine Rolle.

Herr Dr. Wiegand führt aus, dass die Zahl der stationären Geräte erhöht werden wird.

Herr Misch bittet um eine Darstellung der Relationen Bußgeldeinnahmen und Kosten der Verwaltungsverfahren, **Herr Dr. Wiegand** sagt dies für einen späteren Zeitpunkt zu.

Frau Krischok erkundigt sich danach, ob es Zahlenmaterial gibt, wie viel Informationen bzw. Anregungen zum Messen an bestimmten Stellen an die Polizei ergangen sind und ob es Aufstellungen darüber gibt, wo in Halle zu keiner Zeit Messungen erfolgen werden. **Herr Dr.**

Wiegand erklärt, dass eine Aufstellung über verkehrsberuhigte Bereiche und entfernte Verkehrsschilder zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Scholtyssek regt an, wenn weitere stationäre Geräte eingesetzt werden, davon ein Gerät für die Äußere Leipziger Straße vorzusehen. **Herr Knöchel** erachtet dieses auch für den Böllberger Weg (Höhe Behindertenwerkstatt) erforderlich, **Herr Paulsen** für die Kleine Ulrichstraße.

10.3

Herr Dr. Wiegand teilt mit, dass für den Entwurf der Marktsatzung die Anhörung am 17.09.2010 abläuft und davon auszugehen sei, dass diese im nächsten Monat auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt wird. Weiterhin informiert er darüber, dass eine Katastrophenschutzübung im Bereich der Huttenschule geplant sei, **Herr Halko** macht dazu nähere Ausführungen.

Frau Lachky informiert über den Stand der Einrichtungen behindertengerechter Wahllokale in der Stadt; derzeit sind ca. 35% aller Wahllokale für Behinderte geeignet. Die Bürger werden in geeigneter Form darüber unterrichtet werden. Sie richtet ihre Bitte an die Stadträte, dass diese ihre Möglichkeiten auch zur entsprechenden Information der Bürger wahrnehmen.

10.4 Luftreinhaltung

Herr Johannemann unterrichtet den Ausschuss über die erfolgte Beratung im Umweltministerium. Weiterhin führt er aus, welche wesentlichen Ergebnisse sich aus dem durch die Stadt beauftragten Gutachten zur Einführung einer großräumigen Umweltzone ergäben. Die vom LAU vorgelegten Maßnahmen der Luftreinhalte- und Aktionsplanung leiden an Abwägungsfehlern. So wurde die Einführung einer Umweltzone als alleinige Maßnahme untersucht. Die nicht untersuchten, aber erfolgversprechenden Effekte der Minderung von NO₂ beziehen sich z. B. auf ein LKW-Durchfahrtsverbot für LKW > 3,5t. Ebenso betrifft das Entlastungseffekte der HES und A143; bezogen auf NO₂ bringt die HES allein eine Entlastung von über 19% und die Variante HES/A143 rund 30%. Die Wirksamkeit dieser verkehrsbaulichen Maßnahme liege damit deutlich über der einer Umweltzone. Auch wurden die Effekte einer natürlichen Flottenerneuerung bislang nicht betrachtet, nach der vorliegenden Untersuchung betragen sie 8,6 % bezogen auf NO₂. Kritisiert wird der Messeinlass der Station Paracelsusstraße. Wenn schutzgutbezogen argumentiert wird, müsse die Zone oberhalb von 4 m verstärkt betrachtet werden. Im Ergebnis kristallisiere sich heraus, dass die Einführung der Umweltzone nicht die einzigste Maßnahme sein könne, andere Maßnahmen seien gegeben, die wirkungsvoller seien. **Herr Roesler** führt fort, dass alle denkbaren Maßnahmen genutzt werden sollen, um die Auswirkungen für die Hallenser so gering wie möglich zu halten.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 12 Anregungen

Herr Knöchel bittet darum, wenn Anfragen im Stadtrat gestellt werden und dazu eine schriftliche Antwort zugesichert wurde, das auch zu tun. Die Praxis, dazu anstelle der Antwort eine entsprechende Äußerung im Amtsblatt zu veröffentlichen, empfinde er als Veralberung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.10.10
